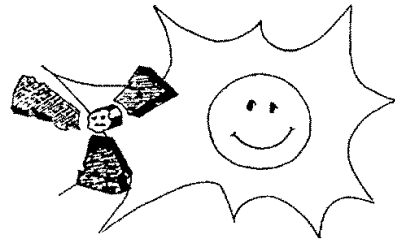


Wiener Plattform Atomkraftfrei
Meiselstraße 52/19
1140 Wien
Tel. & Fax: 01/865 99 39
E-Mail: atomkraftfreiezukunft@gmx.at



**Mitglied beim Österreichischen
Netzwerk Atomkraftfrei**

Presseaussendung der Wiener Plattform Atomkraftfrei am 13.1.2022

Ist der Green Deal noch zu retten?

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei wendet sich an das Europäische Parlament und appelliert an die Abgeordneten, die Verwässerung des Green Deals und das Grünwaschen von Gas und Atomkraft in letzter Sekunde noch zu verhindern.

Oder:

Um das Grünwaschen von Gas und Atomkraft und die Verwässerung des Green Deals in letzter Sekunde noch zu verhindern, hat sich die Wiener Plattform Atomkraftfrei sich an das Europäische Parlament gewendet und an die Abgeordneten appelliert.

Die Aktivistinnen der WPA sind nach der enttäuschenden Vorgehensweise der EU-Kommission, die Atomkraft und Gas im Rahmen einer Taxonomieverordnung als grüne Investition einstufen will, empört: „Das ist nicht nur unfassbar für die Antiatom- und die Klimabewegung, sondern auch für Anleger und die Finanzmärkte! Eine Kennzeichnung grüner Investitionen ist sicherlich sinnvoll, aber nur dann, wenn sich dahinter nicht fossile oder nukleare Projekte verbergen, die weder klima- noch umweltfreundlich sind.“

Die 704 Abgeordneten im EU-Parlament können diesen Plan der EU-Kommission noch zu Fall bringen und den Green Deal retten, indem sie dagegen abstimmen, eine einfache Mehrheit genügt. „Es geht dabei ja nicht nur um ökologische, sondern auch um ökonomische Überlegungen. Alle, denen seriöse, glaubwürdige Richtlinien für die Finanzmärkte wichtig sind, müssten sich gegen diese Taxonomieverordnung aussprechen“, betonen die Aktivistinnen.

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei hat an alle Abgeordneten des EU-Parlaments geschrieben. „Wir appellieren an sie, gegen den Vorschlag der Kommission zu stimmen und damit für einen Green Deal, der diese Bezeichnung auch verdient!“, bekräftigen die Aktivistinnen abschließend.

Druck zum Greenwashing von Atomstrom und fossilem Gas wird von einer Gruppe von zwölf EU-Ländern ausgeübt, angeführt von Frankreich und Finnland.

Gegendruck kommt von einem Fünf-Länder-Bündnis, das während des COP26-Klimagipfels in Glasgow gegründet wurde. Es besteht aus Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Portugal und Österreich und kämpft für den „Green Deal“. Österreich, Deutschland und Spanien würden sogar den gerichtlichen Weg einschlagen und die EU-Kommission klagen, sollte diese die Atomenergie oder fossiles Gas in den nächsten Wochen als «grüne» Energie einstufen und somit in die EU-Regeln für grüne Finanzen aufnehmen. Das würde den Atomkraftbefürwortern Zugang zu großen Finanzhilfen für ihre Projekte ermöglichen, aber den Nachhaltigkeitskriterien der Taxonomieverordnung krass widersprechen und auf Kosten der Finanzierung der tatsächlich nachhaltigen Erneuerbaren Energieproduktion gehen.

<https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/atomkraft-in-der-eu-taxonomie-oesterreich-bereit-eu-zu-verklagen/>

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei steht voll hinter ihrer Bundesministerin Leonore Gewessler und fordert eine dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger geschuldete Entscheidung der EU-Kommission, die Atomkraft aus der Taxonomie auszuschließen. Damit würde sich ein langwieriger und teurer Rechtsstreit erübrigen.

Wiener Plattform Atomkraftfrei

Mag.a Paula Stegmüller